**Lisa Paus**

(A) *In d Ihres Änderungsantrages schreiben Sie: „Von den begünstigten Hörbüchern sind Hörspiele abzugrenzen, die von der Umsatzsteuerermäßigung ausgeschlossen sind. Hörspiele unterscheiden sich von den begünstigten Hörbüchern durch die Verwendung dramaturgischer Effekte, verteilte Sprecherrollen, Geräusche sowie von Musik und gehen damit über die Wiedergabe einer bloßen Buchlesung hinaus.“ Außerdem sind sie abzugrenzen gegen Hörzeitschriften, für die weiter der volle Mehrwertsteuersatz gilt, und natürlich auch gegenüber allen Downloads, die ebenfalls vom verminderten Steuersatz nicht profitieren. Irrsinn!*

*Alle Experten, von den Finanzbeamten bis zum DIHK, lehnten diesen neuen Ermäßigungstatbestand in der öffentlichen Anhörung ab und stellten die Frage: Wie sollen diese Abgrenzungskriterien in der Praxis überhaupt greifen? Wie sollen Umsatzsteuersonderprüfer nach Kriterien wie „keine dramaturgischen Effekte oder Geräusche“ eine sinnvolle Prüfung durchführen? Das ist doch offensichtlich gar nicht umsetzbar.*

*Betriebsprüfungen und Umsatzsteuersonderprüfungen kommen regelmäßig zu Mehrergebnissen in Höhe von vier Milliarden Euro pro Jahr, die ohne diese Prüfungen im Erhebungsverfahren unter den Tisch gefallen wären. Allein die Steuerfahndung sorgt für weitere Umsatzsteuermehreinnahmen im Umfang von etwa zwei Milliarden Euro. Diese prüfungsbedingten Mehreinnahmen sind ein Indiz für den unentdeckt gebliebenen Bereich wirtschaftlicher Tätigkeiten, die der Umsatzbesteuerung entgehen. Zählt man die Niederschlagungen und Insolvenzen dazu, zeigt sich, wie groß das Ausfallrisiko im Umsatzsteuersystem ist. All das hindert diese Koalition nicht, eine neue Ausnahme für Hörbücher zu beschließen.* (B)

*Fazit: Dieses Omnibusgesetz ist ein kleines Gesetz, mit dem der Gesetzgeber seiner Pflicht nachkommt, seine Hausaufgaben erledigt, nämlich missbräuchliche Steuergestaltungs- und Hinterziehungsmöglichkeiten einzudämmen. Das begrüßen wir. Aber die GroKo patzt vollständig bei der Kür. Mit dem verminderten Mehrwertsteuersatz auf Hörbücher läuten Sie wider besseres Wissen und grob fahrlässig die nächste Runde im steuerpolitischen Irrsinn Deutschlands ein. Wir werden uns deshalb enthalten.*

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Wir kommen zur Abstimmung. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1995, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 18/1529 und 18/1776 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

**Dritte Beratung** (C)

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ohne Gegenstimmen bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf:

> Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
>
> **Bestandsobergrenzen für Tierhaltungen einführen**
>
> **Drucksache 18/1872**
>
> Überweisungsvorschlag:
> Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
> Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Auch hier sollen die **Reden zu Protokoll** gegeben werden, und ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

***Artur Auernhammer*** *(CDU/CSU):*

*Bestandsobergrenzen für Tierhaltungen zu fordern, weckt in mir als allererstes ostalgische Gefühle. Vor etwa 23 Jahren besuchte ich eine brandenburgische „Milchproduktionsstätte“ mit 2 500 Milchkühen, die – fernab von bäuerlicher Idylle – separate Sonderstallungen für bis zu 100 trächtige Färsen und Kühe vorhielt. In Akkordarbeit widmete man sich dort gemeinsam mit dem Tierarzt den in Reih und Glied stehenden kalbenden Rindern. Kalbungen im Fließbandtakt, ein ganz neues Erlebnis. So auch die Bezeichnung dieses Verschlags: Abkalbestall. Dieses Bild drängt sich mir immer wieder auf, wenn ich Ihren Antrag lese, meine Damen und Herren Kollegen von der Linken. Immer wenn ich von diesem Erlebnis berichte, verdrängt ein Bild von scheinbar „böser Massentierhaltung“ die Idylle der „lächelnd grasenden lila Kuh“.* (D)

*Doch es ist falsch. Konventionelle Tierhaltung, Intensivtierhaltung und kleinteilige, vielfältige Landwirtschaft sind jeweils eine Seite derselben Medaille. Das obige Bild des brandenburgischen Großbetriebes – so weit er von der gefühlten ländlichen Idylle eines Familienbauernhofes entfernt scheint – sagt nichts aus über die fachliche Betriebsführung – d –, sagt nichts aus über die veterinärmedizinische Versorgung der Rinder im Speziellen und sagt nichts aus über die Tiergesundheit der Hausrinder im Allgemeinen. Nichts von alledem, was Tierwohl ausmacht, ist durch mein eingangs geschildertes Erlebnis per se gefährdet gewesen. Es zeigt vielmehr eines: Gute landwirtschaftliche Praxis ist keine Frage der Stallgröße; vielmehr sind Wissen und der richtige Umgang mit dem Tier entscheidend. Fachkenntnis ist nach wie vor Garant der deutschen Agrarwirtschaft. Meine Damen und Herren Kollegen von der Linken, manchmal scheint es, dass Sie den Großbetrieben diese Fachkenntnis grundsätzlich absprechen wollen.*

**Artur Auernhammer**

(A) *Nach diesen ersten, ostalgischen Gefühlen, will ich gern zu Ihrem Antrag inhaltlich Bezug nehmen.*

*a) Ich teile nicht Ihre Auffassung, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher konventionelle Tierhaltung gering schätzen. Zwar ist es zutreffend, dass ein Teil der Bevölkerung Biofleischprodukte im besonderen Maße honoriert und auch bereit ist, diese trotz höherer Einkaufspreise zu konsumieren. Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger orientiert ihre Kaufentscheidung jedoch allein am Fleischpreis je Kilogramm, und diese Einstellung ist nachvollziehbar und auch in der Debatte um Tiergesundheit zu beachten. Der Kostenfaktor ist erfahrungsgemäß nur so lange ausreizbar und die Akzeptanz für weitere und höhere Standards gegeben, bis Stallumrüstungen oder Ähnliches zu Betriebsschließungen führen und Produktionsverlagerungen ins Ausland die deutsche Tierhaltung enorm reduzieren.*

*b) Dabei ist unser Export gerade deshalb so gut, weil die Qualität stimmt. Die deutschen Standards sind auf einem guten und dem internationalen Vergleich standhaltenden hohen Niveau.*

*Sie fragen zudem in Ihrem Antrag:*

> *Wie und wie viele Tiere an einem Standort und in einer Region gehalten werden, muss bei einer solchen Diskussion im Fokus stehen.*

*Doch verkennen Sie, dass das Tierwohl durch die* (B) *Qualität der Pflege und Betreuung geprägt wird, durch Ernährung und artgerechte Haltebedingungen und nicht von der Anzahl der Tiere je Region abhängt. Da sind mir auch gesetzliche Regelungen bekannt, deren Einhaltung und Umsetzung dem Tier und dessen Fürsorge dient. Von Ihnen geforderte Regularien gibt es bereits in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. In dieser steht auch das Rind und dessen Wohl im Fokus; erstens.*

*Zweitens. Ich schätze, dass Standards auch hinterfragt werden und ihre Überprüfung gefordert wird. Wir können aber nicht allein einen nationalen Weg suchen, wenn der Markt der Produkte längst schon ein internationaler ist. Ich fordere deshalb eine Harmonisierung der EU-Staatenstandards im Sinne einer Vereinheitlichung, die hohe Güte europaweit garantiert. Das heißt eben nicht, d .*
*Hier jedoch einseitig die guten Tiergesetze unseres Landes unter dem Deckmantel der Vorreiterrolle weiterentwickeln zu wollen, ohne die Auswirkungen auf die deutsche Agrarwirtschaft zu bedenken, ist der falsche Weg. Dies lehnen wir entschieden ab.*

*c) Ihr Antrag enthält aber auch Punkte, die wir nachvollziehen können, deren Ansicht wir teilen, das gebe ich offen zu.*

*In der Summme sind die Gründe, die für eine Ablehnung sprechen, jedoch gewichtiger. Ich will Ihnen dies abschließend an weiteren Beispielen aufzeigen.*

*So spricht der Antrag von einem Primat der Steige-* (C) *rung der Tierhaltungsqualität. Doch der Zusammenhang eines Verbandsklagerechtes mit dem Tierwohl drängt sich mir nicht auf. Vielleicht können Sie dies noch einmal aufzeigen.*

*d) Zudem bin ich der festen Überzeugung, dass wir die Tiergesundheit nicht steigern, wenn eine Region einen zugewiesenen Tierschlüssel erhält und ein Bundesgesetz eine Obergrenze an Paarhufern je Landkreis festschreibt. Doch Sie fordern von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der „Bestandsdichten für Regionen“ definiert, soll also heißen: Wenn ich ein Rind kaufe und zur Milchproduktion halte, muss mein Nachbar zwei Schweine schlachten, damit die regionale Tierdichte stimmt?– Und das im Namen des Tierwohls?*

*Das ist nicht im Interesse des Tieres, nicht im Interesse der deutschen Landwirtschaft und nicht im Interesse des Verbrauchers. Und mutmaßlich auch nicht in Ihrem Sinne, oder?*

*Meine Damen und Herren, die Antragsfraktion will die „Tiergesundheitsvorsorge und die konkrete Situation vor Ort“ durch ein Bundesgesetz aus Berlin „in den Mittelpunkt ... rücken“. Ich halte dagegen und sage: Vergessen wir alle nicht, dass Landwirtschaft die Wirtschaft des ländlichen Raumes ist. S – trotz aller Greeningmaßnahmen – primär der Lebensmittelproduktion. Die Landwirtschaft ist ökologisch, sie ist sozial und auch tiergerecht; aber sie muss auch ökonomisch sein und bleiben. Ein nationaler Agrarsektor* (D) *und eine deutsche Agrarpolitik, die die Marktlage verkennt, handelt fahrlässig und riskiert zudem enormes Potenzial – auch für den Lebensmittelexport.*

*Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Meinung, 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger wollen wir auch weiterhin ernähren. Die Linke hält dagegen, der Versorgungsgrad an Rindfleisch liegt mit 109 Prozent deutlich über dem Bedarf. Ist das wirklich Ihre Einstellung, die deutsche Lebensmittelproduktion so zu gestalten, dass wir nur für uns produzieren und nichts in den Export geben? Gilt dies dann auch für die Automobilindustrie? Ich frage mich: Was machen wir, wenn andere Länder dann auch nichts in den Export geben? Kurt Tucholsky wüsste auf jeden Fall eine Antwort. Er würde rufen: Deutsche, kauft deutsche Bananen!*

***Dieter Stier*** *(CDU/CSU):*

*Wir beraten heute über einen Antrag der Fraktion Die Linke, welche die Einführung von Obergrenzen für Tierhaltungen fordert. Zunächst einmal bin ich der Fraktion Die Linke dankbar, dass sie mir kurz vor der Sommerpause des Parlamentes mit ihrem Antrag Gelegenheit gibt, ein landwirtschaftliches Thema hier im Hohen Hause zu diskutieren. Denn die Bäuerinnen und Bauern und die Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Betriebe, auch der Veredlungsbetriebe mit Tierhaltungen, sind es, die wesentlich zum Wohlstand in unserer*

**Dieter Stier**

(A) *Gesellschaft beitragen. Dafür sage ich zu Beginn meiner Rede den Beschäftigten in dieser Branche, d*

*. Und ich sage zu Beginn meiner Rede ebenfalls unserem Minister für Landwirtschaft und Ernährung, Christian Schmidt, herzlichen Dank, dass er sich klar zur Tierhaltung in Deutschland bekennt, und dieses klare Bekenntnis zur Tierhaltung gebe auch ich heute für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hier im Plenum des Deutschen Bundestages ab.*

*Mit Ihrer Forderung, Bestandsobergrenzen für Tierhaltungen einzuführen, werfen Sie die Frage auf, wie groß Anlagen für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung sein dürfen. Wir sind bei Ihnen, wenn es darum geht, einen gesellschaftlichen Diskurs über Größen von Tierhaltungsanlagen zu führen; dabei sind wir in der Großen Koalition jedoch bereits auf einem guten Weg.*

*Nun komme ich zu einzelnen Forderungen aus Ihrem Antrag: Sie fordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem Obergrenzen pro Standort und Bestandsdichten für Regionen zu definieren sind. Wir unterstützen die weitere Diskussion zu diesen Themen, halten aber die Festlegung von absoluten Tierzahlen, wie von Ihnen gefordert, aus heutiger Sicht für den falschen Weg.*

*Mir stellt sich dabei zuerst die Frage: Wie wollen* (B) *wir den Begriff „Standort" definieren? Wie wollen wir den Begriff „Region" beschreiben? Wollen wir auch zum Beispiel verschiedene Nutztierarten pro Quadratkilometer oder Ortschaft zusammenrechnen oder sie einzeln betrachten? Mit welcher Begründung wollen Sie einem Landwirt in einem Ort die Tierhaltung genehmigen und einem weiteren, weil er sich vielleicht erst später zur Tierhaltung entscheidet, aber die festgesetzte Obergrenze bereits erreicht ist, das Wirtschaften oder den Stallneubau verbieten? Für mich viele Fragen, die wohl sicher nicht mit der schnellen Festlegung von Zahlen zu beantworten sind.*

*Und ich sage es Ihnen deutlich: Ich bin nicht dafür, l , die in entsprechender Größe nicht nur produzieren wollen, sondern es durch die fachliche Qualifikation ihrer Mitarbeiter oder die Einhaltung anderer vertretbarer Parameter auch können, einen Deckel aufzusetzen und mit einer Bestandsobergrenze die ohnehin stark reglementierte Tierhaltung auszubremsen. Gerade mein Heimatbundesland Sachsen-Anhalt ist schon heute eines der viehärmsten Flächenländer Deutschlands; ich weiß jedoch, dass es in anderen Regionen unseres Landes auch anders ist.*

*Ich darf auch daran erinnern, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise bereits heute vielfältige Instrumente des Planungsrechts in der Hand halten, um sachgerecht über Tierhaltungsanlagen zu entscheiden. Dabei „Groß" gegen „Klein" auszuspielen, halten wir für falsch. Jede Betriebsgröße sollte in unserem Land eine Daseinsberechtigung haben, jede hat auch Vorteile, und jede hat auch Nachteile.* (C)

*Ich glaube auch, dass die Frage der Größe von Tierhaltungen vor Ort viel besser entschieden werden kann, weil auch die regionalen Unterschiede in unseren ländlichen Regionen dieses so zulassen, aber auch unterschiedliche Siedlungsstrukturen dieses erfordern.*

*Diese mit Sach- und Fachverstand abzuwägen, sie aber auch unter den Aspekten der Wirtschaftlichkeit zu betrachten, sollten wir vorrangig den Betriebsinhabern mit ihrer Berufserfahrung überlassen und sie dabei mit möglichst wenig Bürokratie begleiten.*

*Wir sind bei Ihnen, wenn es um die Minimierung des Risikos der Einschleppung und Verbreitung von Tierseuchen, insbesondere Zoonosen, und volkswirtschaftlicher Schäden geht. Auch dazu bedarf es allerdings Ihres Antrages nicht. Bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages haben wir das alte Tierseuchengesetz durch ein modernes Tiergesundheitsgesetz abgelöst, welches Ihre Forderung bereits aufgreift.*

*Viel Geld haben wir auch in die Forschung gesteckt. Damit sind wir auch bereits auf einem guten Weg, die Sicherung der Umsetzung von wissenschaftlich begründeten Bekämpfungskonzepten im Fall des Ausbruchs von Tierseuchen abzuarbeiten. Ich erinnere hierbei zum Beispiel an das erst im vergangenen Jahr eingeweihte hochmoderne Forschungslabor beim Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems.* (D)

*Ihren Vorschlag, bei Stallneubauten eine Förderung auch von Verbesserungen für den Tierschutz abhängig zu machen, finden wir gut. Aber auch dazu sage ich Ihnen: Jeder Stallneubau ist heute schon ein Fortschritt für mehr Tierwohl.*

*Es gibt aber auch Forderungen in Ihrem Antrag, welchen wir nicht folgen können. So lehnen wir zum Beispiel ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen auf Bundesebene weiterhin klar ab. Bereits heute muten wir unseren Landwirten viel Bürokratie zu, es kann keineswegs richtig sein, hier weitere planungsrechtliche Hürden aufzubauen, Fachkundige Behörden in unserem Land sind durchaus in der Lage, die gesetzlich vorgegebenen hohen Tierschutzstandards zu beurteilen. Es braucht hier nicht die Einschaltung weiterer Organisationen, welche nur die Bearbeitungszeiten verlängern würden.*

*Sie sehen also, dass wir bei vielen von Ihnen angesprochenen Themen auf einem guten Weg sind. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, weitere Verbesserungen auch in dieser Legislaturperiode zu erreichen. So ist es zum Beispiel Ziel, das Tiergesundheitsgesetz und das Tierarzneimittelrecht sinnvoll in einem einheitlichen Rechtsrahmen zusammenzuführen. Ein weiteres Ziel ist die Förderung der Sachkunde der Tierhalter. Dabei dürfen wir nach meiner Meinung jedoch auch den Heimtierbereich nicht auslassen.*

**Dieter Stier**

(A) *Wir laden auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition ein, die Diskussion zur weiteren Entwicklung der ländlichen Räume und der Tierhaltungsanlagen mit uns sachlich zu führen. Im Rahmen einer nationalen Tierwohl-Offensive wird auch diese Große Koalition in den nächsten Jahren weitere Verbesserungen erreichen. Dabei geht jedoch Gründlichkeit vor Schnelligkeit; die Wissenschaft und den Berufsstand beziehen wir bei unseren Vorhaben in die Entscheidungsfindung ein.*

*Ihren Antrag lehnen wir heute ab, da er aus unserer Sicht nicht zielführend ist.*

***Christina Jantz** (SPD):*

*Zu später Stunde beraten wir den Antrag der Linken, der überschrieben ist mit „Bestandsobergrenzen für Tierhaltungen einführen" – so klar der Titel scheint, so wenig zielführend ist das, was dahintersteckt. Der Antrag der Linken geht inhaltlich an vielen Stellen in die richtige Richtung – keine Frage – und ist doch zu kurz gedacht und weist handwerkliche Fehler auf.*

*Es ist schon irritierend, wenn in einem Antrag zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung an keiner Stelle die Worte „Bäuerin" bzw. „Bauer" auftauchen oder nur an einer einzigen Stelle von Landwirtinnen und Landwirten die Rede ist. Es wird uns nicht gelingen, echte und nachhaltige Verbesserungen beim Tierwohl in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung zu erlangen, wenn wir diejenigen ausschließen, d*

(B)

*– das ignorieren Sie mit diesem Antrag!*

*Darüber hinaus ignorieren Sie, dass uns die Landwirte neben beispielsweise den Tierschutzorganisationen viel zu guter Tierhaltung sagen können. Und gute Tierhaltung lässt sich nicht auf die Anzahl der in einem Stall gehaltenen Tiere reduzieren. Vielmehr ist die Frage des „Wie" entscheidend.*

*Nur im Dialog können wir zu besseren Haltungsbedingungen gelangen. Wir wollen keine Schnellschüsse. Wir wollen tragfähige Entscheidungen für die Landwirte, damit wir eben nicht, wie Sie es so schwammig formulieren, zu einer „Verdrängung von kleinen Tierhaltungen" kommen. Vielmehr wollen wir spürbare Verbesserungen für die Tiere – keine bloße Deckelung des Bestandes.*

*Ebenso wie Sie die Bauern ignorieren, degradieren Sie in Ihrer Begründung die Konsumenten. Sie unterstellen ihnen, schon gewählt zu haben. Ihre Rede von der „Abstimmung mit dem Einkaufswagen" suggeriert, dass sich der Konsument bereits dauerhaft entschieden hat und wir deshalb verstärkt regulierend in den Markt eingreifen müssten. Wir hingegen halten den Bürger für mündig und wollen, bevor wir den Markt überregulieren, d*

(C)

*. Eine tiergerechte Nahrungsmittelproduktion wird zunehmend vom Verbraucher honoriert. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch, dass wir diese hohen Standards sichtbar machen. Dafür brauchen wir eine entsprechende Zertifizierung. Nur durch eine klare und transparente Kennzeichnung mit einem Tierschutzsiegel hat der Verbraucher eine echte Wahl und kann bewusste Entscheidungen treffen.*

*Natürlich geht das Wohl der Tiere vor – es muss zudem sichergestellt werden, dass wir mit unseren Betrieben und unseren Produkten am Markt bestehen können und zugleich einen der höchsten Standards in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung haben. Das werden Sie mit Ihrem Einheitskonzept, bei dem grundsätzliche Bestandsobergrenzen festgelegt werden, nicht erreichen. Sie ignorieren damit nicht nur weitestgehend die regionalen Besonderheiten und Gegebenheiten vor Ort, sondern auch, dass die Haltungsbedingungen maßgeblich sind.*

*Zu einer guten Gesetzgebung gehört es, dass man nicht systematisch bestimmte Beteiligte aus diesem Dialog ausklammert.*

*Wir haben uns in der Großen Koalition klar auf eine Marschroute geeinigt. Deshalb werden wir in den kommenden Monaten intensiv mit allen Beteiligten diskutieren und handwerklich saubere Entscheidungen treffen. Der Koalitionsvertrag gibt dabei die Richtung vor. Wir haben unter anderem eine nationale Tierwohloffensive vereinbart. Denn wir wollen sichtbare Verbesserungen beim Tierwohl. Die Nutztierhaltung muss tiergerechter werden. S* (D)

*– hier spreche ich insbesondere das Tiermittelarzneimittelrecht an –, zweitens den Tieren zu ermöglichen, sich natürlich zu verhalten, drittens eine stärkere Berücksichtigung des Wohlbefindens der Tiere. Das heißt, dass die Verletzungs-, S*

*. Die gesetzlichen Regeln zur Verringerung des Antibiotikaeinsatzes werden wir unbürokratisch und praxisnah umsetzen.*

*Daran schließt sich an, dass wir ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme einführen werden. Die SPD hat schon früh einen Tierschutz-TÜV gefordert. Das bedeutet, dass es zukünftig für serienmäßig hergestellte Stallsysteme einheitliche Prüfrichtlinien geben wird. In diesem Bereich werden wir in den kommenden Wochen und Monaten intensiv diskutieren und praktikable Lösungen entwickeln.*

**Christina Jantz**

(A) *Ziel ist es außerdem, EU-weit einheitliche und höhere Tierschutzstandards durchzusetzen. Wir streben eine flächengebundene Nutztierhaltung an. Z*

*– den Tierschutzorganisationen, den Landwirten, Wissenschaftlern und auch Konsumenten – sprechen. Nur auf diesem Wege kommen wir zu vernünftig ausgearbeiteten Lösungen im Bereich der Nutztierhaltung.*

*Wir werden diesen Prozess nutzen, um die von uns bereits im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Leitlinien einer zukünftigen landwirtschaftlichen Nutztierhaltung vernünftig auszuarbeiten und in eine gute Gesetzgebung umzumünzen. Schnellschüsse, die einzelne Gruppen ignorieren, notwendige regionale Fragestellungen übergehen, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung gefährden können und die Haltungsbedingungen als entscheidendes Element weitestgehend außer Acht lassen, werden wir nicht mittragen.*

***Dr. Kirsten Tackmann*** *(DIE LINKE):*

*Die landwirtschaftliche Tierhaltung steckt in einem Dilemma. Klar ist: Wir brauchen sie, für Milch und Fleisch, aber auch Leder, Wolle und andere Produkte, zur Pflege der Kulturlandschaft, für den Naturschutz und den Landtourismus. Nutztiere sind die besten Deichschützer, und sie sichern die Bodenfruchtbarkeit* (B) *im Ackerbau. Darüber hinaus bindet eine Landwirtschaft mit Tierhaltung mehr Arbeitsplätze in den Dörfern als der reine Ackerbau.*

*Aber die Tierhaltungsbetriebe stehen am Pranger, zumindest viele von denen, d*

*. Denn gerade landwirtschaftliche Tierhaltungen sind Opfer des Strukturwandels und geben auf.*

*Fakt ist, dass wir dramatische Fehlentwicklungen in der Tierhaltung haben.*

*Im Zentrum der Kritik stehen die Betriebe. Aber aus Sicht der Linken gehören die eigentlichen Ursachen und die wirklichen Profiteure dieser Entwicklung an den Pranger gestellt, allerdings ohne die aus ihrer Verantwortung zu entlassen, die das mitmachen oder rechtfertigen und gar so tun, als ob es gar keine Probleme gäbe – wie gerade aus der Union oft zu hören ist.*

*Das marktwirtschaftliche Regelwerk des Kapitalismus zwingt auch landwirtschaftliche Betriebe, immer billiger zu produzieren. Die Diktatur des Geldes macht ausgerechnet die zu Verlierern, d*

*. Sieger sind die, die skrupellos und gierig genug sind, Bedenken – auch ethische – beiseite zu schieben. Deshalb ist dieser sogenannte Wettbewerb absurd und seine Folgen sind inakzeptabel.*

*Eigentlich müsste die Dominanz des Geldes gebrochen werden, um Nutztiere wirksam vor Profitgier zu* (C) *schützen. Aber für so tiefgreifende Systemkorrekturen gibt es zurzeit keine politischen Mehrheiten. Leider. Aber das entlässt uns als Gesetzgeber erst recht nicht aus der Pflicht, wenigstens die gröbsten Fehler im System zu verhindern oder zu beseitigen.*

*Dazu brauchen wir Mut im Parlament; denn wir müssen uns mit den Profiteuren des Systems anlegen. Das heißt zum Beispiel, die Preisdiktatur der Verarbeiter und des Lebensmitteleinzelhandels zu verhindern.*

*Was dabei herauskommt, wenn man dem Markt das Regieren überlässt, sieht man an der dramatischen Fehlentwicklung in der Tierhaltung. Dabei geht es nicht nur um Schnäbelkürzen, betäubungslose Ferkelkastration oder Schreddern männlicher Küken. Dazu gehört auch, dass immer mehr Tierhaltungsanlagen weder in die Landwirtschaft noch in die Region integriert sind. Diese Entkoppelung trägt dazu bei, dass Tierhaltungsanlagen immer größer werden. Megaställe mit über 400 000 Hähnchen oder 40 000 Schweinen sind längst keine Ausnahmen mehr. Allein in Brandenburg sind aktuell 35 solcher Vorhaben beantragt. Und in einigen Regionen werden so viele Tiere gehalten, dass für die Gülleentsorgung ein Vielfaches der Landkreisfläche gebraucht würde, zum Beispiel im niedersächsischen Schweine- und Geflügelgürtel.*

*Es stimmt, dass in Ostdeutschland zu wenige Nutztiere für funktionierende landwirtschaftliche* (D) *Stoffkreisläufe gehalten werden. In Brandenburg sind es 0,4 Großvieheinheiten je Hektar. In NRW gigantische 121! Aber diesen regionalen Mangel mit Megaställen auszugleichen, ist inakzeptabel! Außerdem zeigt ein Blick auf den Selbstversorgungsgrad, dass wir nicht mehr Nutztiere brauchen: 116 Prozent beim Schweine- und 111 Prozent beim Geflügelfleisch. Wir brauchen eine sozial-ökologisch verträglichere regionale Verteilung der Nutztierbestände, statt ostdeutsche Böden als Gülle- und Mistentsorgungsflächen zu missbrauchen und Gülletourismus aus dem Westen zu organisieren.*

*Deshalb legt die Linke heute diesen Antrag zur Deckelung der Tierbestände vor, die pro Standort und pro Region definiert werden soll. Und das ist dringend; denn es geht nicht um eine hypothetische Gefahr, sondern um einen real existierenden Prozess, d*

*, zum Schluss ein dramatisches Szenario: Bei Verdacht auf Afrikanische Schweinepest, die ja gerade vor der Tür steht, muss ein Bestand getötet werden, auch wenn er aus 40 000 gesunden Schweinen besteht. Das will sich wohl niemand vorstellen müssen, geschweige denn erleben. Auch deshalb sind solche Megaställe nicht zu verantworten. Wir sind als Gesetzgeber gefordert. Lassen sie uns gemeinsam diesen Unsinn stoppen.*

(A) **Fri tendorff** *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, ich glaube, S . Einerseits ist es richtig, dass die Bürgerbewegung gegen die Massentierhaltung längst auch den Osten erreicht hat und zu einer entscheidenden politischen Kraft geworden ist. Zum Zweiten ist es richtig, dass im August und September Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen sind und dort die Großtierhaltungen ein wichtiges Thema sind. Zum Dritten ist es richtig, dass die Bewegung gegen Massentierhaltung ein erhebliches Wählerpotenzial darstellt. Diese Bewegung und die sie tragenden Menschen wollen keine flächendeckende Massentierhaltung im Westen, aber sie wollen auch keine agroindustriellen Großmastfabriken im Osten mit 36 000 Schweinen oder 400 000 Hühnchen. Der vorliegende Antrag ist der Versuch, diese Tatsache etwas zu kaschieren. Machen Sie sich nicht zu Handlangern von Straathof und Co. Das muss ich Ihnen ja wohl nicht sagen.*

*So wie Sie leider immer gegen eine Deckelung der EU-Direktzahlungen waren, so scheuen Sie auch bei der Tierhaltung die deutliche Kritik an der ganz großen Agrarindustrie. Verbünden Sie sich im Osten nicht mit den Falschen, so wie es die CDU im Westen tut. S . Einerseits schreiben Sie Forderungen aus unseren Anträgen ab, wenngleich sie dabei ungenau bleiben und sich um Zahlen drücken. Vielleicht lesen Sie da noch einmal bei uns nach. Das steht alles sehr genau drin. Andererseits drücken Sie sich um das grundsätzliche Problem herum.*

(B)

*Warum setzen Sie das Wort Massentierhaltung eigentlich durchgängig in Anführungszeichen, sprechen von „sogenannter Massentierhaltung" und bezeichnen diesen Begriff als Produkt der Medien? Massentierhaltung ist eine Tatsache. 40 000 Schweine, 400 000 Hühner in einer Anlage sind Massentierhaltung. Das kann man nicht wegdiskutieren, indem man behauptet, es ginge nicht um „Groß gegen Klein". Ihr Antrag führt am Ende zu einer Ost-West-Spaltung: In den Intensivregionen im Westen soll es Begrenzungen geben, aber die ein oder andere Tierfabrik im Osten darf schon sein, wenn es insgesamt nicht zu viele werden.*

*Sie versuchen, sich mit technokratischen Begriffen wie der epidemiologischen Einheit aus der Affäre zu ziehen, nur um nicht bekennen zu müssen, dass Sie die Hauptforderung der Bürgerinitiativen, der Volksinitiative gegen Massentierhaltung, des Bündnisses „Bauernhöfe statt Agrarfabriken" und der „Wir haben es satt"-Demo eben nicht teilen: die Abkehr von der Massentierhaltung und die Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft.*

*Hier liegt der Unterschied zwischen der Linken und uns Grünen: Die Linke glaubt immer noch daran, dass mit technologischen Lösungen innerhalb des agroindustriellen Komplexes die Probleme zu lösen seien. Wir sagen: Nur eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft ist imstande, Tiere artgerecht und wesensgemäß zu halten. Nur eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft ist in der Lage, lebendige ländliche Räume zu schaffen. Es geht um das rechte Maß in der Tierhaltung. Massentierhaltung kann nie das richtige Maß sein, weder im Westen noch im Osten.* (C)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/1872 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist auch diese Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

> Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe (17. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Nationale Stelle zur Verhüt
>
> **le und der**
>
> **Länderkommission**
>
> **Drucksachen 18/1178, 18/2003**

Hierzu liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Die **Reden** sollen **zu Protokoll** gegeben werden. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

**Frank Heinrich** *(C (CDU/CSU):*

*Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter hat uns den Jahresbericht 2013 vorgelegt, den wir heute zur Kenntnis nehmen und debattieren. Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe hat diese Debatte bereits geführt, die Beschlussempfehlung dazu wird die CDU/CSU heute annehmen.* (D)

*Bevor ich inhaltlich auf den Jahresbericht eingehe, möchte ich heute einmal mit einem namentlichen Dankeschön beginnen.*

*Sehr geehrter Herr Lange-Lehngut, sehr geehrter Herr Adam, die ehrenamtliche Arbeit, die Sie bei der Bundesstelle gemeinsam mit Ihren Kollegen Rainer Dopp, Petra Heß, Michael Thewalt und Dr. Helmut Roos von der Länderkommission leisten, ist kaum zu ermessen. Mit hohem Zeitaufwand und viel persönlichem Engagement sind Sie im Einsatz, um die Sicherung der Menschenrechte in den Haftanstalten in Deutschland zu wahren. Ihre Arbeit ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass in der Bundesrepublik das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe sowie das Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 umgesetzt werden.*

*Vor gut fünf Jahren hat die Bundesstelle zur Verhütung von Folter ihre Arbeit aufgenommen, eineinhalb Jahre später die Länderkommission. Die Bundesregierung erfüllt damit ihre Verpflichtung zur Errichtung eines nationalen Präventionsmechanismus.*